

DiePresse.com | Meinung | Gastkommentar |  Artikel drucken

Wird die "Demokratiereform" zur unendlichen Geschichte?

02.09.2013 | 18:15 | HERWIG HÖSELE (Die Presse)

Warum die verschleppten Reformen – Persönlichkeitswahlrecht, direkte Demokratie, ORF – und politische Bildung systemrelevant sind.

Eine Prognose für die Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl am 29. September ist relativ risikofrei, aber unerfreulich: Sie wird weiter sinken. 2008 lag sie bei nur mehr 78,81 Prozent, wobei die Zahl der Nicht- und Ungültigwähler erstmals seit 1945 die Wählerzahl der stimmenstärksten Partei – der SPÖ – übertraf.

Die tendenziell sinkende Wahlbeteiligung ist ein Trend in allen westlichen Demokratien und eine – laut Studie „Gesplante Demokratie“ der deutschen Bertelsmann-Stiftung – „besorgniserregende, wenngleich nicht unmittelbar gefährliche Entwicklung“.

Laut ZDF-Politbarometer vom August sind in Deutschland 61 Prozent mit der Arbeit ihrer Bundesregierung zufrieden, während hierzulande fast der gleiche Prozentsatz – nämlich 59 Prozent – Unzufriedenheit äußert (Quelle: Market). Besorgniserregend ist dabei die „Spaltung“: Vor allem junge Menschen und sozial schwächere Bevölkerungsteile sind wahlabsistent. Dazu kommt noch, dass durch den gefühlten politischen Stillstand der einst Großen Koalition von SPÖ und ÖVP (die 1986 noch 84 Prozent der gültigen Wählerstimmen hinter sich vereinigte, jetzt bei gerade noch knapp über 50 Prozent liegt) die Integrationskraft der „Volksparteien“ schwindet und Unzufriedenheit und Protest Phänomene wie Stronach und Neos nährt, so wie er früher schon FPÖ/BZÖ groß machte.

Bürger wollen mehr Mitsprache

Andererseits ergeben Umfragen überall rund 80-prozentige Mehrheiten für stärkere Mitspracherechte der Bürger durch ein personalisiertes Wahlrecht und den Ausbau der direkten Demokratie.

Eine ganze Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen thematisieren dies seit vielen Jahren – auch die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform, der Politiker aller Parteien vor der Nationalratswahl 2008 entsprechende Wahlrechtsreformen und eine parlamentarische Enquetekommission in Aussicht stellten.

Die Kommission wurde nie eingesetzt, dafür entschied man sich für eine eher alibihaftige Verbesserung bei den Vorzugsstimmen. Um auf der Bundesliste ein Mandat durch Vorzugsstimmen zu erreichen, sind sieben Prozent der Parteistimmen – berechnet nach dem Wahlergebnis 2008 also zwischen 35.696 (Grüne) und 100.114 (SPÖ) – notwendig. Auf Landesebene und Regionalwahlkreis-Ebene sind die Hürden relativ mit zehn und 14 Prozent höher, aber durch die niedrigere notwendige absolute Stimmenanzahl zwar theoretisch leichter, praktisch aber kaum erreichbar – zumal die gesetzlich neue Wahlkampfkostenbeschränkung bei 15.000 Euro pro Kandidaten liegt.

Zu einem wirksamen Vorzugsstimmensystem oder einer Kombination aus Einerwahlkreisen und Landes- bzw. Bundeslisten und Vorwahlen konnte man sich nicht durchringen. Der Abgeordnete bleibt damit für breite Bevölkerungskreise seines Wahlkreises weiter das unbekannte, vom Parteiapparat bestimmte Wesen. Direkt gewählte und

wahlkreisverantwortliche Abgeordnete würden hingegen eine neue Qualität im Parlamentarismus und mehr Selbstbewusstsein in die Klubs bringen.

Zum Ausbau der direkten Demokratie kam es knapp vor Ende der Legislaturperiode zu einer parlamentarischen Einigung, die die in den letzten Jahrzehnten zahnlosen Volksbegehren („Warum soll ich da hingehen? Die da oben machen ohnehin, was sie wollen!“) aufgewertet hätte: Erleichterungen bei dem im digitalen Zeitalter bisher schikanös archaisch anmutenden Unterschriftensammeln, Rederecht der Proponenten im Parlament, Volksbefragung bei einer Unterstützung von mehr als zehn bzw. 15 Prozent der Wahlberechtigten, also ab ca. 650.000 Unterschriften, wenn das Parlament dem Anliegen des Begehrens nicht entspricht.

Vorgeschobene Besorgnis

Der Entwurf wurde Anfang Juli in Begutachtung geschickt, obwohl es bereits im Frühsommer 2012 ein parlamentarisches Hearing gegeben hat und die Positionen seit Jahren bekannt sind. Das erwartbare Ergebnis dürfte Teilen der „classe politique“, wie es die „Neue Zürcher Zeitung“ nüchtern resümiert, „willkommene Gründe liefern, das Vorhaben fallen zu lassen“: den einen viel zu wenig direkte Demokratie, den anderen viel zu viel.

Die Sorge vor der Instrumentalisierung durch den Boulevard, Lobbys oder Parteien wird vorgeschoben. Die Bürger sind aber mündiger, als Zyniker und Berufsskeptiker glauben. Zuletzt haben sie es bei der sehr seltsam initiierten Bundesheer-Volksbefragung sowohl von der hohen Beteiligung als auch vom Resultat her bewiesen. Der Dialog mit dem Bürger ist mühsam, aber notwendig und lohnend für die Legitimität der Politik – das gilt ganz besonders auch im Blick auf Europa.

EU-Wahlen immer wichtiger

EU-Wahlen stehen 2014 an – das letzte Mal gingen nur 45,9 Prozent der Bürger zu dieser politisch immer wichtiger werdenden Wahl. Die Europapolitik braucht jedenfalls einen nachhaltigen Dialogprozess und eine plebiszitäre Legitimierung.

Die Diskussion um direkte Demokratie und Wahlrecht droht auf diese Weise zu einer unendlichen Geschichte zu werden, so wie es die berühmte und ungleich kompliziertere Föderalismusreform seit Jahrzehnten ist. Um die Verdrossenheit der Aktivbürger nicht weiter zu steigern, sollten sich die Parteien des neu gewählten Nationalrats auf folgende Vorgangsweise einigen: eine parlamentarische Enquetekommission und öffentliche Hearings nach dem Muster von „Stuttgart 21“, übertragen in ORF III mit Endtermin Mai 2014, Volksbefragung im Juni 2014.

Eine andere große demokratie- und kulturpolitische Baustelle ist seit Jahren der ORF. Auch hier hat die Bundesregierung noch für die auslaufende Legislaturperiode zumindest eine Gremienreform versprochen, die wohl nur in Richtung Verkleinerung und Entparteipolisierung gehen kann.

Der ORF bezieht seine Gebührenlegitimation aus der Erfüllung seines öffentlich-rechtlichen Auftrages, der gegenwärtig etwa mit dem mit Kommerzsendern völlig austauschbaren Programm von ORF eins ganz sicher nicht erreicht wird, und einer Bürgernähe, die zugleich Parteiferne bedeutet.

Der eminente Auftrag des ORF

Besonders angesichts der eingangs zitierten Studie, die eine (zu) geringe Wahlbeteiligung junger und sozial schwächerer Gruppen ausweist, hat der ORF einen eminenten politischen Bildungsauftrag zu erfüllen. Ein tatsächlich öffentlich-rechtlicher Anbieter und Qualitätsmedien in allen Erscheinungsformen sind für die Demokratie systemrelevant.

Politische Bildung und Förderung der Nutzung aller Medien ist überhaupt das Gebot der Zeit, eine noch größer gewordene Aufgabe für die Schule – speziell, da Wählen ab 16 möglich ist. Die österreichische Demokratie braucht möglichst viele möglichst gut informierte und aktive Bürger, damit sie vital ist und nicht bloß eine postdemokratische Fassade bietet.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Herwig Hösele (*1953 in Graz) war Präsident des Bundesrates (ÖVP) und Mitinitiator des Österreich-Konvents. Er engagiert sich als Proponent der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform. Zahlreiche Publikationen, unter anderem: „Was ist faul im Staate Österreich? Eine Reformagenda“ (Mitautoren Gerd Bacher, Erhard Busek, Waltraud Klasnic, Heinrich Neisser).

© DiePresse.com